

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0507/2015
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann	26.11.2015	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 27.10.2015 - öffentlicher Teil

Inhalt der Mitteilung

TOP 8

Einsatz für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
(0213/2015)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann folgte der Empfehlung des Integrationsrates und fasste mehrheitlich gegen vier Stimmen der CDU-Fraktion und die Stimme des von der AFD-Fraktion benannten Ausschussmitgliedes bei Enthaltung dreier Stimmen der CDU-Fraktion und Enthaltung der FDP-Fraktion den **Beschluss**, den Rat zu bitten, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bittet die Verfassungskommission des Landtags, bei ihren Beratungen das Thema „Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten“ einzubeziehen und dem Landtag einen Vorschlag zur Änderung der Landesverfassung vorzulegen, der es ermöglicht, bis zur Kommunalwahl 2020 allen auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene einzuräumen.

Der Bürgermeister und die Mitglieder des Rates werden gebeten, sich landesweit in allen relevanten Gremien (z. B. den kommunalen Spitzenverbänden) für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen.

In der Sitzung des Rates am 03.11.2015 ist der Tagesordnungspunkt einstimmig bei Enthaltung der ALFA-Fraktion vertagt worden.

TOP 10

**Änderung und Ergänzung der Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW über die Bereiche Kommunikation und Zugänglichkeit von Gebäuden vom 18.07.2013
(0368/2015)**

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschloss einstimmig die dem Vorschlag der Verwaltung folgende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss sowie für den Rat:

Der Text der Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW über die Kommunikation und Zugänglichkeit von Gebäuden vom 18.07.2013 wird für Menschen mit einer geistigen Behinderung erweitert und für Menschen mit einer psychischen Behinderung geändert um:

- 1. „In der Stadt Bergisch Gladbach versteht man unter „Inklusion“ die Verschiedenheiten und Vielfalt von Menschen als eine Bereicherung und als Chance im gesellschaftlichen Leben. Mit dieser Zielvereinbarung soll die Möglichkeit geschaffen werden, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt mit den verschiedensten Behinderungsarten gerecht zu werden. Die Unterzeichner dieser Vereinbarung streben an, das Recht der mobilitäts-, seh-, hör-, sprach-, geistig und psychisch behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu führen, zu verwirklichen.“*
- 2. Menschen mit einer geistigen Behinderung werden auf Anforderung Dokumente in „Leichter Sprache“ zur Verfügung gestellt.*

Der Rat ist in seiner Sitzung am 03.11.2015 einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. der Beschlussempfehlung des ASWDG gefolgt.

TOP 11

**Berufung eines stellvertretenden Mitglieds in den "Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung" durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach
(0235/2015)**

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschloss einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. die dem Vorschlag der Verwaltung folgende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss sowie für den Rat:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt Herrn Bülent Aydinlioglu als stellvertretendes Mitglied in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen

mit Behinderung“.

Der Rat ist in seiner Sitzung am 03.11.2015 einstimmig der Beschlussempfehlung des ASWDG gefolgt.

TOP 12

Umsetzung des „Aktionsplans Inklusion“: Maßnahme Stadtteilbegehung
(0259/2015)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasste einstimmig den dem Vorschlag der Verwaltung folgenden **Beschluss**:

- 1. Der ASWDG stimmt der Umsetzung der in der Vorlage beschriebenen Maßnahme für 2015 zu.**
- 2. Der ASWDG stimmt der Weiterführung der in der Vorlage beschrieben Maßnahme für 2016 vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel zu.**

Es wird beschlussgemäß verfahren.

TOP 16

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung vom 19.08.2015 über die Einleitung eines Vergabeverfahrens bzgl. des Wachdienstes/Objektschutzes in städtischen Übergangsheimen
(0375/2015)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasste mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. den dem Vorschlag der Verwaltung folgenden **Beschluss**:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 19.08.2015 über die Einleitung des Vergabeverfahrens eines neuen Bewachungsvertrages zur Sicherung des Gustav-Lübbe-Hauses ab dem 01.11.2015 wird gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW genehmigt.

Es ist kein Bericht erforderlich.

Zu allen weiteren Tagesordnungspunkten erübrigt sich ein Bericht.

Anfragen der Ausschussmitglieder wurden in der Sitzung mündlich oder in der Niederschrift beantwortet.